

# Yorckstraße 59 in Kreuzberg: Die Bewohner wollen nicht freiwillig gehen

Thomas Fülling

2005-03-22



## **Yorckstraße 59 in Kreuzberg: Die Bewohner wollen nicht freiwillig gehen**

**Vor dem 1. Mai droht eine Konfrontation zwischen Staatsmacht und  
linker Szene - Gespräch mit Körting ohne Ergebnis** von Thomas Fülling

"Wir können auch böse - Pfoten weg von Yorck 59" heißt es auf einem Transparent gleich hinter der Toreinfahrt, mit roter Farbe ist die Losung "Miethaie zu Fischstäbchen" gesprüht. Die Ansage der Bewohner des Hinterhauses an der Yorckstraße 59 ist eindeutig: Freiwillig werden sie ihr Domizil nicht verlassen.

Ausgerechnet im Vorfeld des 1. Mai droht in Kreuzberg eine Konfrontation der Staatsmacht mit der alternativen Szene. Im Brennpunkt: das Projekt "Yorck 59". Seit 16 Jahren nutzen die Verfechter alternativer Wohn- und Lebensformen ein früheres Fabrikgebäude im Hinterhof des Hauses Yorckstraße 59. Derzeit haben sich acht Wohngemeinschaften mit 60 Bewohnern dort etabliert. Aber auch Gruppierungen wie ein Anti-Hartz-Bündnis oder die Antirassistische Initiative haben dort ihre Anlaufpunkte. Jetzt soll das Haus nach dem Willen des Eigentümers geräumt werden. Wenn es sein muß, mit Polizeigewalt.

Dem voraus gingen monatelangen Auseinandersetzungen um die Wohnberechtigung und den zu zahlenden Mietzins für die fast 2700 Quadratmeter genutzte Wohn- und Gewerbefläche. Der neue Hauseigentümer, ein Hamburger Geschäftsmann, forderte mit Verweis auf einen Vertrag von 1999 und nach einem Gutachterverfahren eine neue Nettokaltmiete von 3,75 Euro pro Quadratmeter,

die Bewohner der "Yorck 59" wollten dagegen wie zuvor nicht mehr als 2,39 Euro zahlen. Auch Gespräche über einen Verkauf des Hauses scheiterten. Während der Eigentümer von einem Verkehrswert in Höhe von 2,5 Millionen Euro für das stark sanierungsbedürftige Haus ausgeht, bot die Wohninitiative nach eigenen Angaben erst 700 000 Euro, später dann eine Million Euro an. In den folgenden Rechtsauseinandersetzungen urteilte das Landgericht im Dezember 2004, daß das Objekt Yorckstraße 59 zu räumen und an den Eigentümer herauszugeben sei.

Als in der Vorwoche Bewohner und Sympathisanten der "Yorck 59" zeitweilig das Kreuzberger Rathaus besetzten, schaltete sich auch Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) in den Streit ein. Gestern mußte er einräumen, daß die Gespräche ohne Ergebnis blieben. Dabei wurden dem Vermieter unter anderem zwei Immobilien aus dem Bestand des Liegenschaftsfonds zum Tausch angeboten. "Es nicht erkennbar, daß Mieter und Vermieter zu einer einvernehmlichen Regelung kommen", sagte Körting gestern nach Gesprächen mit beiden Seiten. Es gebe eine klare Rechtslage zugunsten des Hauseigentümers. Jetzt könne es nur noch darum gehen, daß das Wohnprojekt möglichst friedlich ausziehe. Wenn der Gerichtsvollzieher Amtshilfe von der Polizei benötige, werde er sie auch bekommen. Ein angebliches Ultimatum für einen Auszug innerhalb von fünf Wochen bestätigte der Innensenator indes nicht. "Hierbei geht es schon aufgrund gesetzlicher Fristen um die nächsten zwei Monate", so Körting.

Die Hausverwaltung kündigte unterdessen an, daß sie an einem "schnellstmöglichen Auszug" der Bewohner interessiert sei.

Artikel erschienen am Di, 22. März 2005

Artikel drucken

